

TITELGESCHICHTE

›Uns Nachbarn darf nicht der Atem ausgehen‹

Welche Rolle spielt das Recht für die Versöhnung nach einem Krieg?
Justizministerin Alma Zadić und Spitzendiplomat Wolfgang Petritsch über die Lehren aus der Aufarbeitung der Balkankriege.

MODERATION:
Elisalex Henckel und
Sebastian Loudon

FOTOGRAFIE:
Stefan Fürtbauer

Es gibt Begegnungen, denen man als Beobachter sofort ansieht, dass sie überfällig sind. Als Justizministerin Alma Zadić den kleinen Festsaal ›ihres‹ Palais Trautson betritt und den Diplomaten Wolfgang Petritsch begrüßt, entfaltet sich sofort ein lebhaftes und herzliches Gespräch – wie unter Freunden, die sich schon lange nicht mehr gesehen haben. Doch obwohl sich ihre Lebensläufe gleich an mehreren Stellen kreuzen, ist es das erste Mal, dass Zadić und Petritsch persönlich aufeinandertreffen – zu einem DATUM-Gespräch über die großen Themen, die beider Biografien geprägt haben: die Kriege auf dem Balkan, ihre juristische Aufarbeitung und das Bemühen um dauerhaften Frieden und Stabilität in der Region.

Wie nennen Sie beide eigentlich die Sprache, in der Sie sich gerade unterhalten haben?

ALMA ZADIĆ: Ich sage immer BKS.

WOLFGANG PETRITSCH: Ich sage Naški, das heißt ›unsere Sprache‹ und umfasst Serbisch, Kroatisch, Bosnisch.

ZADIĆ: Das ist auch der bessere Begriff. BKS hat sich nie so wirklich etabliert. Wenn man Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien trifft, sagt man lieber gleich ›Naški‹. Dann fühlen sich alle eingeschlossen.

PETRITSCH: Das wirkt verbindend ...

Frau Zadić, Ihre Familie floh 1994 aus dem kriegszerrütteten Bosnien nach Österreich. Welche Erinnerungen haben Sie an den Krieg?

ZADIĆ: Ich war damals zehn Jahre alt, und die Erinnerungen sind nach wie vor sehr lebendig. Kinder bekommen ja viel mehr mit, als man glaubt, vor allem Emotionen. Mir ist zum Beispiel ein Moment kurz vor Ausbruch des Krieges noch sehr präsent: Die ganze Familie sitzt vor dem Fernseher. Alle haben verheulte Augen, weil sie wissen, da passiert jetzt etwas Großes. Denn allen war klar: Wenn es in Bosnien bewaffnete Auseinandersetzungen geben wird, dann wird's brutal. Das war auch Tito immer schon bewusst, dass Bosnien mit seinen drei Volksgruppen (Kroaten, Serben und Bosniaken, Anm.) eine Region ist, wo es besonders wichtig ist, dass Zu-



Wolfgang Petritsch ist zweisprachig in Südkärnten aufgewachsen. Politisch sozialisiert als Mitarbeiter und Vertrauensmann von Bruno Kreisky wurde er Österreichs einflussreichster Diplomat im südosteuropäischen Raum. Er war unter anderem Botschafter in Belgrad, Sonderbeauftragter der EU für den Kosovo und leitete von 1999 bis 2002 als Hoher Repräsentant der Vereinten Nationen die Geschicke Bosnien-Herzegowinas. Heute engagiert er sich unter anderem für das ›Centre for the Enforcement of Human Rights International‹ (CEHRI).

Alma Zadić floh als knapp Zehnjährige mit ihren Eltern aus Bosnien nach Österreich. Nach der Matura studierte sie Rechtswissenschaften in Wien und Mailand. Als junge Juristin arbeitete sie für das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag und schrieb ihre Dissertation über dessen Auswirkungen. Nach ihrem LL.M an der Columbia University in New York war sie für die internationale Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer tätig. Im Jänner 2020 wurde sie als erste grüne Justizministerin der Republik Österreich angelobt.

TITELGESCHICHTE

sammenhalt und Einigkeit gewahrt bleiben. Und man hat ja dann gesehen, wie furchtbar es wurde, als der Krieg auf Bosnien übergeschwappt ist.

PETRITSCH: Woher stammt Ihre Familie?

ZADIĆ: Wir lebten in Tuzla, das war zwar auch umzingelt, aber nicht so wie Sarajevo. Es gab einen Korridor, über den die Stadt versorgt werden konnte, aber natürlich immer wieder Bombardements und Schüsse. Es ist schon erstaunlich, wie zäh der Mensch ist und wie schnell sich Kinder an so eine Ausnahme-situation gewöhnen. Wir spielten draußen auf der Straße, dann heulten die Sirenen, wir rannten nach Hause und versteckten uns im Keller. Und als es vorbei war, trafen wir uns wieder auf der Straße, um weiterzuspielen, obwohl ja jederzeit etwas hätte passieren können! Meine Eltern gingen täglich zur Arbeit. Meine Mama hat erst aufgehört zu arbeiten, als am Parkplatz ihrer Arbeitsstätte eine Granate explodierte, die viele ihrer Kollegen tötete.

An die Flucht selbst haben Sie auch Erinnerungen?

ZADIĆ: Interessanterweise nur bruchstückhaft, dabei hat die Flucht zwei Wochen gedauert. Wir sind 1994 mit dem ersten UN-Konvoi von Tuzla zur kroatischen Grenze gefahren. Heute braucht man dafür drei bis vier Stunden. Ich kann mich nur an eine Übernachtung in einem Hotel erinnern und daran, dass der Konvoi immer wieder angehalten und durchsucht wurde.

Fünf Jahre später hat ein österreichischer Diplomat, Wolfgang Petritsch, die Verwaltung ihres Geburtslandes übernommen. Wie haben Sie das als Jugendliche in Wien erlebt?

ZADIĆ: Der Name Petritsch ist natürlich sehr oft gefallen, wenn wir in der Familie über die Entwicklungen in Bosnien gesprochen haben. Sie, Herr Petritsch, haben ja auch wirklich sehr viel dafür getan, dass Bosnien-Herzegowina wieder als Staat funktionieren kann. Aber abgesehen davon habe ich mich als Jugendliche nicht sehr dafür interessiert. Ich wollte einen Neustart und habe mich auf das Leben hier in Österreich fokussiert – und die Vergangenheit verdrängt. Nur, das gelingt einem

nicht auf Dauer. Während meines Studiums habe ich angefangen, mich wirklich intensiv mit dem Krieg in Bosnien auseinanderzusetzen. Ich wollte das aufarbeiten und wissen, wie es so weit kommen konnte.

Herr Petritsch, was war Ihre größte Herausforderung, als Sie 1999 mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Bosnien kamen?

PETRITSCH: Es herrschte großteils Stillstand im Bemühen, die drängenden Fragen wie die Rückkehr von mehr als zwei Millionen Flüchtlingen zu lösen. Besonders großer Druck, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, kam aus Deutschland, wo sich die meisten Flüchtlinge aufhielten. Gleich nach dem Krieg gab es zwar zahlreiche Rückkehrer, die meisten kehrten allerdings nur in Gebiete zurück, wo sie zur ethnischen Mehrheit gehörten. Die Angst vor dem ›Anderen‹ war zu groß. Der eigentliche Erfolgsmaßstab aber war für uns die Zahl der sogenannten Minderheiten-rückkehrer – und das war besonders schwierig, denn in den Köpfen der Nationalisten war der Krieg ja nicht vorbei. Vom Bürgermeister bis hinauf in die höchste Politik wurde versucht, die Ergebnisse des Krieges, die ethnischen Säuberungen, quasi festzuschreiben und zu verhindern, dass geflüchtete Minderheiten zurückkehren. Doch im Friedensvertrag von Dayton war ja – erstmals – das Recht auf Rückkehr und auf die Rückgabe des Eigentums festgeschrieben.

Welche Rolle spielten die Großmächte in der Frage?

PETRITSCH: Am Rande der UN-Generalversammlung im September 1999 habe ich die Außenminister des Dayton-Vertrages – etwa Madeleine Albright für die USA, Igor Iwanow für Russland, und die Europäer – vor eine Grundsatzentscheidung gestellt: Entweder wir lassen es und die Flüchtlinge siedeln sich in Regionen an, wo sie nicht herkommen, aber zur Mehrheit gehören, oder ihr gebt mir den politischen Rückhalt, das Friedensabkommen tatsächlich umzusetzen. Albright, aber auch Joschka Fischer und die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und Kanadas haben mich dabei unterstützt, und wir

entwickelten einen Plan, hunderttausende Menschen innerhalb kürzester Zeit in jene Gebiete zurückzuholen, aus denen sie vertrieben worden waren. Das ging nur mit Unterstützung der internationalen Friedenstruppe SFOR und mit sehr viel Geld – denn die Infrastruktur und hunderttausende Häuser und Wohnungen waren zerstört. Gleichzeitig haben wir mein Mandat, Gesetze zu erlassen und Politiker zu entlassen, strategisch eingesetzt. Als ich auf einen Schlag 22 politische Funktionäre entlassen habe, kam es zum Durchbruch: Die Bevölkerung war begeistert, aber die obstruktiven Politiker waren doch ziemlich schockiert. Wir mussten wahnsinnig schwierige Entscheidungen treffen. Menschen, die von den lokalen Behörden bereits fremde Wohnungen zugeteilt bekommen hatten, mussten aufgrund unseres Plans dort wieder ausziehen, um den tatsächlichen Besitzern Platz zu machen. Das Bild, das ich in dieser Zeit immer vor Augen hatte, war: Wie mache ich aus einer Eierspeise wieder ein ganzes Ei? Eine mission impossible, aber ein notwendiger Kraftakt.

Wie hat Ihre eigene Herkunft Ihre Herangehensweise geprägt?

PETRITSCH: In Südkärnten zweisprachig aufgewachsen, war ich sicher sensibilisiert für den Umgang mit Minderheiten – und mit dem Balkan. Ich komme aus einem Dorf mit 16 Häusern, und trotzdem war ich schon der dritte Petritsch, der am Balkan landete. Mein Großvater war nach dem Ersten Weltkrieg in der Nähe von Belgrad interniert, mein Vater war als blutjunger Soldat der Hitler-Armee in Bosnien und ich nur wenige Jahrzehnte später als sogenannter Friedensvermittler ebendort. Dieses hilflose Gefühl des Ausgeliefertseins meiner Verfahren an die sogenannte ›hohe Politik‹ hat mich ein Leben lang motiviert. Als Mitarbeiter von Bruno Kreisky hat sich diese Überzeugung noch verstärkt. Kreisky hat gerade in der Palästinenserfrage aufgezeigt, dass Ungerechtigkeit, egal wo, bekämpft werden muss. Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage jeder Gemeinschaft. Daher habe ich beim Aufbau der bosnischen Justiz zwei Schwerpunkte gesetzt: Zum einen haben wir veranlasst, dass sich die lokale Justiz der Verbrechen im

›Ich glaube, dass Völkerstrafverfahren dazu beitragen können, dass Schuld individualisiert wird. Dadurch fällt es dem Einzelnen leichter, dem Kollektiv zu verzeihen.<

Alma Zadić, Justizministerin



eigenen Land annimmt und so das Jugoslawientribunal in Den Haag schließlich ablöst. Und zweitens muss es ein Anliegen sein, die bis in höchste politische Kreise reichende Korruption zu bekämpfen. Doch je mehr der im Dayton-Vertrag nur unzureichend verankerte Zentralstaat von uns gestärkt wurde, umso größer wurde der Widerstand der ethno-nationalistischen Eliten. Bosnien hat bis heute ein riesiges Problem: Der Grundkonflikt zwischen dem serbischen Separatismus und dem bosniakischen Versuch, das multiethnische Bosnien zu erhalten, ist noch immer nicht gelöst. Man sieht da sehr deutlich, wie

ein Krieg gesellschaftliche Traditionen unwiederbringlich zerstört. Ich glaube, wir haben in dieser ersten Nachkriegsperiode große Fortschritte gemacht und das versucht, was man von außen leisten kann. Aber ich habe damals bereits den Begriff der ›Ownership‹ forciert: Das ist euer Land, ihr müsst sagen, wie ihr euren Staat haben wollt. Denn dann erst wird unsere Unterstützung tatsächlich wirken. Diese Verantwortung für die res publica hat sich in Bosnien bis heute nicht durchgesetzt.

Frau Zadić, Sie haben beim ICTY ein Praktikum absolviert und sich

später auch in Ihrer Doktorarbeit mit den Auswirkungen des ICTY in Den Haag auf die ehemalig-jugoslawischen Staaten befasst.

ZADIĆ: Ja, das war mir ein großes Anliegen. Ich habe damals eine fixe Anstellung für ein unbezahltes Praktikum in Den Haag aufgegeben. Unsere Eltern haben natürlich versucht, uns von den Gräueltaten, die passiert waren, abzuschildern. Ich wollte aber wissen, was damals passiert ist und wie es passieren hätte können. Ich hatte dort viel Zeit, um mit Experten und Zeugen zu sprechen.

›Wenn wir in der EU die Aushöhlung der liberalen Demokratie hintanhaltend wollen, müssen wir unser Bekenntnis zum Rechtsstaat gerade bei uns selbst aktiv umsetzen.«

Wolfgang Petritsch, Diplomat



Wie lautet Ihre Bilanz, was ist geglückt und wie hat diese Arbeit Ihre eigene Perspektive auf Ihr Geburtsland verändert?

ZADIĆ: Das Tribunal hat ein unglaubliches Vermächtnis hinterlassen, wie es selten nach einem Krieg der Fall ist. Ich, zum Beispiel, habe beim großen Srebrenica-Verfahren mitgearbeitet – da wurde alles aufgezeichnet, jede Minute, wann und wie etwas passiert ist, wer wann was gesagt hat und so weiter. Diese Masse an Fakten ist eine ganz wichtige Basis für die weitere Aufarbeitung durch künftige Generationen. Das

zweite große Ziel des Tribunals war es, die Schuld zu individualisieren, also Verantwortliche für den Krieg zu suchen und ihnen den Prozess zu machen, um nicht der gesamten Nation die Schuldfrage zu stellen. Es sind eben Nationalisten, die andere dazu angestiftet haben, zu den Waffen zu greifen.

Und – hat das Tribunal dieses Ziel erreicht?

ZADIĆ: Da habe ich meine Zweifel. Die Aufarbeitung der Geschichte und die Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen findet derzeit nicht statt. So-

lange Aufarbeitung aber nicht objektiviert wird und man sich auch in den Schulen damit auseinandersetzt, werden Geschichte und Gräueltaten des Krieges zu Hause und am Stammtisch erzählt – und da hat jeder seine eigene Wahrheit. Daher wird es wohl die nächste Generation brauchen, die Antworten sucht und auch findet.

Neben der Aufklärung und juristischen Verfolgung von Kriegsverbrechen war auch Versöhnung ein erklärtes Ziel des Tribunals. War das ein zu hochgestecktes Ziel für ein Gericht?

ZADIĆ: Das ist eine Kernfrage, die immer noch heftig diskutiert wird: Können Strafverfahren dazu beitragen, dass es letzten Endes zu einer Versöhnung kommt? Ich habe mich in meiner Doktorarbeit mit Übergangsjustiz befasst, also mit Prozessen, die eine gewaltsame Vergangenheit aufarbeiten. Ich glaube schon, dass Völkerstrafverfahren dazu beitragen, dass zunächst Schuld individualisiert und personifiziert wird, wodurch es dem Einzelnen leichter möglich wird, dem Kollektiv zu verzeihen. Das ist ein Zusatznutzen, den ein Tribunal bringen kann, der aber auch aktiv kommuniziert und begreifbar gemacht werden muss. Zu Beginn seiner Entstehung hat der ICTY jedenfalls nicht zur Versöhnung beigetragen. Das Tribunal wurde bereits 1993 – mitten im Krieg – eingerichtet, in der Hoffnung, dass es abschreckende Wirkung haben oder bei der Versöhnung helfen würde. Das war leider überhaupt nicht der Fall, denn der Genozid von Srebrenica passierte erst zwei Jahre nach der Gründung. Für die Zukunft bin ich aber zuversichtlich, dass der ICTY mit seinem Vermächtnis das Potential hat, zur Versöhnung und Aufarbeitung beizutragen.

Wie würden Sie das Vermächtnis des ICTY für die weitere Entwicklung des Balkans beschreiben, Herr Petritsch? Und was kann man daraus lernen?

PETRITSCH: Was die Frau Bundesministerin gesagt hat, stimmt vollkommen: Dieses Tribunal hat wahrscheinlich die historisch umfangreichste Dokumentation eines bewaffneten Konflikts geschaffen – insofern war das Tribunal auch ein zivilisatorischer Fortschritt. Was die Versöhnung angeht, so glaube ich, muss man ernüchert sagen: Das kann nicht oktroyiert werden. Versöhnung muss von innen kommen. Sie wäre auch zwischen Frankreich und Deutschland nicht gelungen, wenn es nicht Figuren wie de Gaulle und Adenauer und später Mitterrand und Kohl gegeben hätte. Letztlich wird es im ex-jugoslawischen Raum solche Persönlichkeiten brauchen, um wirkliche Versöhnung herzustellen – und so weit sind wir noch nicht. Genau deshalb ist es so wichtig, diese Region weiterhin zu unterstützen. Es ist dort noch so vieles in

Schwebe, da braucht besonders die EU einen langen Atem. Die Union ist ein Friedensprojekt, das nicht an irgendeiner Grenze im Südosten einfach halt machen darf. Da müssen wir kritische Solidarität zeigen, Prinzipien einfordern, aber ohne Arroganz auftreten. Das kann nur im Rahmen einer Partnerschaft und unter starker Einbeziehung der Zivilgesellschaft gehen. Gesellschaftlicher Wandel geht sehr langsam. Ich bin jetzt 20 Jahre weg und kenne immer noch alle Politiker dort – und immer mehr Bosnier in Wien, die in ihrer Heimat keine Perspektive sehen.

ZADIĆ: Es ist wirklich zum Verzweifeln, dass etwa in Bosnien-Herzegowina nach wie vor die gleichen Akteure in der politischen Spitzenliga mitspielen. Und man sieht auch, dass sich dieses System des Ethnonationalismus selbst erhält und befeuert. Durch das Schüren der Ängste und der Vorurteile halten sich alle Repräsentanten der drei Volksgruppen an der Macht. Es gibt ganz viele junge, gut ausgebildete Menschen, die das verabscheuen und das Land verlassen. Das führt zu der absurden Situation, dass manche Landstriche, über deren Aufteilung gestritten wird, längst verlassen und leer sind.

War für Sie die Rückkehr nach Bosnien eigentlich jemals ein Thema?

ZADIĆ: Nein. Mein Vater hat hier schnell einen guten Job gefunden. Meine Mutter tat sich da schwerer, weil sie Bauingenieurwesen studiert hat. Das ist in Österreich eine sehr männerdominierte Branche, nicht einfach für eine ausländische Frau. Meine Eltern beschlossen recht früh, dass wir in Österreich bleiben würden. Für meinen Bruder und mich hat sich diese Frage eigentlich nie gestellt, weil wir hier aufwuchsen und unser soziales Leben hier hatten. Aber ich habe einige Bekannte, die nach Bosnien-Herzegowina zurückgekehrt sind, besonders in den Jahren zwischen 2003 und 2007. Das war eine Zeit des Aufbruchs und der Hoffnung. Seit der Wirtschaftskrise 2009 ging es wieder bergab, und viele, die die Hoffnung hatten, dort etwas aufbauen zu können, kehrten enttäuscht in ihre neuen Heimatländer zurück.

Für den Kosovo gibt es ein Sondertribunal in Den Haag. Im vergangenen

Sommer wurde dort der ehemalige kosovarische Präsident Hashim Thaçi angeklagt, was unter anderem einen Gebietstausch mit Serbien verhindert hat, den Thaçi und Serbiens Präsident Aleksandar Vučić unter der Ägide von Ex-US-Präsident Donald Trump akkordiert hatten. Welche Rolle spielt das Sondertribunal im Hinblick auf die Bemühungen um eine dauerhafte Stabilisierung der Region?

ZADIĆ: Als Juristin bin ich der festen Überzeugung, dass dort, wo es Verdachtsmomente gibt, auch ermittelt werden muss. Und wenn die Ermittlungsergebnisse dazu führen, dass eine Anklage geboten ist, dann muss auch angeklagt werden – unabhängig von irgendwelchen politischen Überlegungen. Es ist schön und gut, dass Thaçi einen Plan hatte, aber wenn Kriegsverbrechen im Raum stehen, sind diese zu verfolgen und die Person ist anzuklagen. Sonst machen sich das Tribunal und die internationale Gemeinschaft ja unglaubwürdig.

Lassen sich aus der juristischen Aufbereitung der Jugoslawienkriege insgesamt Lehren ziehen, die auf andere bewaffnete Konflikte anwendbar sind?

ZADIĆ: Das denke ich schon, und zwar aus zwei Gründen: Auf der einen Seite braucht es in Zeiten der Globalisierung auch eine globale Rechtsdurchsetzung. Das ist mit dem ICTY gelungen, und man hat es mit dem ICC, dem Internationalen Strafgerichtshof versucht. Leider spielt der ICC kaum noch eine Rolle, weil immer weniger Staaten teilnehmen. Dabei wäre es so wichtig, dem Völkerstrafrecht die notwendigen Instrumente in die Hand zu geben, damit das Recht auch durchgesetzt werden kann. Der zweite Punkt ist die Übergangsjustiz vor Ort, das hat im ehemaligen Jugoslawien nicht so gut funktioniert. Daraus kann man lernen. In meiner Dissertation habe ich mir angeschaut, welchen Einfluss der ICTY auf die Rechtsprechung in den einzelnen Ländern – Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina – hatte. Ich kam zum Schluss, dass es nur dort tatsächlich zu einer Aufarbeitung gekommen ist, wo der internationale politische Druck stark ge-

nug war. Wo es diesen Druck nicht gab, haben es sich die regierenden Nationalisten selbst gerichtet. Kroatien, zum Beispiel, hat manche Verfahren gegen Kriegsverbrecher nur deshalb geführt, weil die EU sie zu einer Voraussetzung für das Ticket in die Europäische Union erklärt hat. Sonst hätten sie es nie getan.

PETRITSCH: Es gibt Lehren, bloß werden die selten befolgt. Genauso wichtig wie der Druck von außen ist, dass in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine neue Generation die Führung übernimmt. Die gibt es in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die kritische Masse ist noch nicht erreicht. Dafür sind vor allem ökonomische Unterentwicklung und die Abwanderung verantwortlich. Uns als Nachbarn darf nicht der Atem ausgehen, so wie es der Europäischen Union leider passiert ist. Veränderungen brauchen Zeit, das sind gesellschaftliche Umwälzungen, die Jahrhunderte von Fremdherrschaft, Ausbeutung und geopolitischen Interessenkonflikten überwinden müssen. Wie viel sich bewegt, sieht man ja am Beispiel des Kosovo. Dort hat die Staatengemeinschaft vergleichsweise früh eingegriffen: weil sie in Bosnien zu lange gezögert und dadurch den Genozid in Srebrenica nicht verhindert hat. Wir sind also sehr wohl in der Lage, aus der Geschichte zu lernen. Und wir tragen eine Verantwortung für das, was in unserer Nachbarschaft passiert. Europas Nachbarschaft ist aber nicht nur Südosteuropa, sondern beispielsweise auch Syrien. Auch im Nahen Osten müssen wir schauen, was wir beitragen können, um analog zur Globalisierung der Wirtschaft auch dem Recht zum globalen Durchbruch zu verhelfen, zum Beispiel mit der Verfolgung syrischer Kriegsverbrecher – auch und gerade in Österreich. Dieser Verantwortung sollten wir uns im Sinne des Weltstrafrechtsprinzips stellen. Sie, Frau Bundesministerin, sitzen hier wirklich an einer zentralen Position: Rechtsstaatlichkeit und internationale Verantwortung sind die Grundlage jeder Demokratie. Die gilt es zu hüten. Wir blicken kritisch auf die Verletzung von Grund- und Menschenrechten anderswo, im eigenen Staat aber erleben wir, wie selbst der Regierungschef

die eigene Justiz attackiert – da wurde eine rote Linie überschritten. Wenn wir in der EU die Renationalisierung und die Aushöhlung der liberalen Demokratie hintanhaltend wollen, müssen wir unser Bekenntnis zum Rechtsstaat gerade bei uns selbst aktiv umsetzen.

ZADIĆ: Die Jugoslawienkriege haben aber leider auch gezeigt, dass sich die EU ihrer Verantwortung, aber auch ihrer Macht viel zu wenig bewusst ist. Sie hat viel zu lange zugesehen, gezögert und sich zurückgehalten und es letztendlich den Amerikanern überlassen, sich um diesen Konflikt zu kümmern. Dabei passierte das in Europa! Der Westbalkan ist Teil Europas und wird hoffentlich auch einmal das Bild der Europäischen Union vervollständigen.

Sie haben erwähnt, dass die Aussicht auf einen EU-Beitritt für die Entwicklung in Kroatien eine ganz wichtige Rolle gespielt hat. Haben Sie das Gefühl, dass die EU mit diesem Trumpf gegenüber Bosnien zu zurückhaltend umgeht?

ZADIĆ: Die EU ist dieses ganzen Konfliktes leider müde geworden. Deshalb ist es Österreichs Aufgabe, immer wieder daran zu erinnern, dass es hier um unsere Nachbarschaft geht. Österreich hat nach wie vor einen starken Einfluss auf Südosteuropa und ist einer der größten Auslandsinvestoren in Bosnien-Herzegowina. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Aussicht auf ein Ticket nach Europa auch tatsächlich zur Umsetzung von Reformen führt. Ich befürchte, dass sonst andere Staaten – Russland, China oder Saudi-Arabien – mit ihren wirtschaftlichen Investitionsprogrammen verlockender sind als die EU.

Wie unterstützt Ihr Ministerium ganz konkret Bosniens Annäherungsprozess an die EU?

ZADIĆ: Wir haben einen Oberstaatsanwalt nach Belgrad entsandt, um den Auf- und Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen zu unterstützen. Um Korruption einzudämmen, braucht es einen funktionierenden Rechtsstaat, nur so kann man Ethnonationalismus und den sich gegenseitig befeuernden kriminellen Strukturen dahinter dauerhaft entgegenwirken. Das ist aber ein großes,

langwieriges Projekt, wo wir auch mehr Initiative auf europäischer Ebene bräuchten.

Herr Petritsch, die Frau Bundesministerin spricht davon, Bosnien beim Aufbau des Rechtsstaates zu unterstützen, hat aber gleichzeitig alle Hände voll zu tun, die eigene Justiz vor Angriffen des Regierungspartners zu schützen. Sind wir ein glaubhafter Exporteur von Rechtsstaatlichkeit?

PETRITSCH: Im Großen und Ganzen: ja. Aber es gibt auch bei uns in jüngster Zeit Entwicklungen, wo die Alarmglocken läuten müssten. Unsere Stärke als mittelgroßer europäischer Staat liegt in dem absoluten Bekenntnis zu einer demokratischen und solidarischen EU, einem Europa, das für Menschenrechte, Gleichheit und Frieden steht. Unsere traditionellen Verflechtungen mit Südosteuropa bringen uns große wirtschaftliche Vorteile. Das allein sollte uns nicht genügen. Denken wir bloß an die kulturellen Bande, die noch viel zu wenig ins europäische Bewusstsein gedrungen sind. Da kann Österreich jenseits aller Phrasen tatsächlich Wichtiges leisten. Die südslawische Diaspora ist ein wertvolles Bindeglied in unserer zentraleuropäischen Region. Die jungen Menschen, die zu uns kommen, gehören zu den besten überhaupt. Es ist ja nicht nur die Justizministerin, die mit ihren Eltern zu uns geflohen ist und nun eine der zentralen Positionen einnimmt. Wir müssen auch darauf achten, was wir dieser Region zurückgeben können. In einer so mobilen Welt wird etwa zirkuläre Migration immer wichtiger. Diese sollten wir fördern, um damit auch die Einbindung des Raumes in die europäische Integration zu fördern. Wir müssen uns stärker als Einheit begreifen, das Gemeinsame sehen.

ZADIĆ: Wo Österreich ein ausgezeichnetes Vorbild sein kann, ist Minderheitenschutz. Im ehemaligen Jugoslawien dominiert oft die Meinung, dass man als Volksgruppe nur dort sicher leben kann, wo nur eine Ethnie lebt. In Europa gibt es praktisch kein ethnisch homogenes Land, überall leben Minderheiten, die geschützt sind und Rechte haben. Das ist etwas, das die Länder des ehemaligen Jugoslawiens noch lernen müssen. •